

Die Teilung Deutschlands und die Siegermächte, 1945-55

Hubert Zimmermann

Am 7/8 Mai 1945 unterzeichneten die Vertreter der deutschen Wehrmacht die Kapitulationsurkunden und beendeten damit den Zweiten Weltkrieg. Mit der Berliner Erklärung vom 5 Juni 1945 übernahmen die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion, und der USA die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Die offiziell zur Schau gestellte Einigkeit der Siegermächte täuschte allerdings. Zwar waren sie sich in den zentralen Zielsetzungen einig: 1) Verhinderung einer künftigen Aggression Deutschlands; 2) langfristige Kontrolle und damit einhergehende wirtschaftliche Entmachtung; 3) Bestrafung und Forderung nach Wiedergutmachung. Wie diese Zielsetzungen jedoch operativ umzusetzen waren, darüber bestanden seit Kriegsbeginn erhebliche Meinungsunterschiede. Die Schlüsselfrage war eine eventuelle territoriale Aufteilung Deutschlands. Zwar war in der Atlantik-Charta, die im August 1941 von den USA und Grossbritannien unterzeichnet worden war, das Prinzip festgelegt, dass keine territorialen Änderungen im Nachkriegseuropa ohne den Willen der betroffenen Völker geschehen sollten. Dies galt jedoch nicht für die Hauptverantwortlichen des Krieges. So schlug der britische Premierminister Winston Churchill in einer Rede in Washington die Aufteilung Deutschlands in eine Donauföderation mit Bayern und Österreich sowie die Abtrennung Preussens vom Rest des Reiches vor. Preussen selbst sollte dann weiter aufgeteilt werden.¹ Ähnliche Gedankenspiele gab es in der amerikanischen und sowjetischen Regierung. Beim Treffen zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin in Teheran im November 1943 wurde eine prinzipielle Einigung über die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen im Falle eines alliierten Sieges erzielt. Der endgültige Beschluß über die Aufteilung Deutschlands sollte nach dem Krieg getroffen werden. Ein weiteres Ergebnis der Teheraner Konferenz, welches die zukünftige Gestalt Deutschlands betraf, war, dass sich die USA und Grossbritannien inoffiziell mit der sowjetischen Annexion der polnischen Gebiete, welche die UdSSR als Folge des Hitler-Stalin-Pakts besetzt hatte, abfanden. Dies bedeutete auch, daß Polen für diesen Gebietsverlust kompensiert werden musste, und nach Lage der Dinge waren die deutschen Gebiete östlich

1 Winston Churchill, *The Second World War IV* (London 1950) 717-21.

der Oder-Neiße diese Kompensation. Konsequenz dieser Entscheidung war ein Massenexodus der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten. Damit war eine erste deutsche Teilung praktisch vollzogen.

Abgesehen von diesen Vorentscheidungen waren weitere territoriale Fragen, sowie die Art und Weise, wie die Beziehungen der Deutschen zu ihren Nachbarn und zu den früheren Kriegsgegnern organisiert werden sollten, gegen Ende des Krieges noch völlig offen. Die Entscheidungen, die in der deutschen Frage zwischen 1945 und 1955 getroffen wurden, sollten die Weltpolitik bis 1989 entscheidend prägen. Der Streit über die Behandlung Deutschlands und die fortdauernde Teilung waren die zentralen Faktoren, die für den Ausbruch und die Dauer des Kalten Kriegs verantwortlich waren. Dies ist nicht selbstverständlich. Es lässt sich auch eine Interpretation denken, nach der gerade die Teilung Deutschlands die Stabilität in Europa ermöglichte. Wie im folgenden gezeigt wird, war dies eine ernst zu nehmende Alternative. In den Regierungen aller Siegermächte gab es Planer, die auf diese Art argumentierten, und es kam auf der Konferenz von Potsdam im August 1945 schließlich sogar zu einem prinzipiellen Einverständnis der Siegermächte über eine Lösung der deutschen Frage in dieser Richtung. Selbst das Unbehagen am deutschen Einigungsprozeß 1989/90 in Großbritannien und Frankreich, ja sogar bei den deutschen Sozialdemokraten, beruht auf der Interpretation, daß die Teilung Deutschland ein zentrales Element eines friedlichen Gleichgewichts in Europa war. Weshalb also kam es zum Kalten Krieg mit Deutschland als wichtigstem Streitpunkt statt zu einer friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West, die auf einer Abgrenzung der Einflußsphären entlang der Elbe beruhte?

Von Jalta bis Potsdam

Es ist ein lange gepflegter Mythos der Nachkriegsgeschichte, daß auf der Konferenz der Großen Drei (Churchill, Roosevelt, Stalin) in Jalta im Februar 1945 die Aufteilung Europas in Einflußsphären beschlossen wurde. Ganz im Gegenteil: die Tendenz, die noch in Teheran vorherrschend war, nämlich in Richtung auf eine Aufsplitterung Deutschlands, wurde umgekehrt. Dies lag daran, daß sich inzwischen die militärische Lage entscheidend gewandelt hatte. Die totale Niederlage Deutschlands war nur noch eine Frage der Zeit. Die sowjetischen Armeen standen inzwischen vor Berlin. Damit war für Stalin klar, daß die eroberten Gebiete auch nach dem Krieg unter sowjetischen Einfluß

stehen würden. In seinem berühmten Gesprächen mit den Führern der kommunistischen Partei Jugoslawien legte er seine Sichtweise offen: 'Dieser Krieg ist nicht wie die anderen. Wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.'² Diese machiavellistische Weltsicht bedeutete aber auch, daß der Teil Deutschlands, der von Großbritannien und den USA besetzt würde, im Falle einer Aufteilung der sowjetischen Kontrolle entzogen war – und gerade diese Gebiete, insbesondere das Ruhrgebiet, besaßen ein ungeheures wirtschaftliches Potential. Sollte dieses westliche Deutschland jemals wieder wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit erreichen, so war zu erwarten, daß der Sowjetunion hier erneut ein gefährlicher Gegner erwachsen würde, der allen Grund hatte, eine Revision der Ergebnisse des Krieges anzustreben. Auch die Frage eventueller deutscher Reparationen, auf welche die wirtschaftlich durch den Krieg zerrüttete Sowjetunion sich angewiesen fühlte, war eng mit dem Schicksal des westlichen Teiles von Deutschland verknüpft, denn nur von dort konnten ausreichende Lieferungen kommen. Aus diesem Grund wandelte sich die sowjetische Deutschlandpolitik, die noch in Teheran von einer Aufteilung Deutschlands in möglichst kleine Einheiten ausgegangen war. Um ein Mitspracherecht für ganz Deutschland zu bekommen, drängte die Sowjetunion nun auf einen Erhalt der Einheit Deutschlands und auf gemeinsame alliierte Instanzen zur Verwaltung des gesamten Gebiets. Diesen Sinneswandel musste General de Gaulle, der im Oktober 1944 von den Alliierten als Haupt der provisorischen französischen Regierung anerkannt worden war, bei seinem ersten Staatsbesuch in Moskau im Dezember 1944 konsterniert feststellen. Die Franzosen hatten gehofft, für ihre Vorschläge zu einer Angliederung des Saargebiets an Frankreich und einem autonomen Status für Rheinland und Ruhrgebiet in Stalin einen Verbündeten zu finden. Sie stießen jedoch auf zwar höfliche, aber unerbittliche Ablehnung. De Gaulle's Akzeptanz der Ost-Verschiebung Polens änderte an der sowjetischen Haltung nichts.³ In der Tat war die französische Regierung inzwischen der einzige Advokat einer Aufteilung Deutschlands unter den Besatzungsmächten.

Auch in Großbritannien und den USA hatte sich die Einschätzung seit Teheran geändert. Die enorme Ausdehnung des sowjetischen Einflusses aufgrund der militärischen Erfolge der Roten Armee überzeugte die britischen

2 Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin* (Frankfurt 1962) 146.

3 Der für die Franzosen ernüchternde Besuch ist ausführlich beschrieben in: Jean Lacouture, *De Gaulle, vol. 2: Le politique, 1944-59* (Paris 1985) 87-96.

Politiker von der Notwendigkeit, wieder zur traditionellen Gleichgewichtspolitik in Europa zurückzukehren. Die Vorgänge in Polen, als Stalin der Niederschlagung der polnischen Widerstandsbewegung durch die Wehrmacht tatenlos zugesehen hatte, desillusionierten die Briten. Aus diesem Gründen konnte ein Machtvakuum in Zentraleuropa in der Form eines zerstückelten Deutschland, das hauptsächlich der Sowjetunion nützen würde, nicht mehr zugelassen werden.⁴ Ähnliche Überzeugungen setzten sich auch in den USA durch. Die ideologische Gegnerschaft zur UdSSR, das Interesse an einem stabilen, wirtschaftlich prosperierenden Europa und die sich allmählich in Regierungskreisen durchsetzende Ansicht, daß die USA auch nach dem Krieg in Europa präsent bleiben würden, ließ die bisherige amerikanische Passivität gegenüber den Aufteilungsplänen der Verbündeten schwinden; auch die USA setzten sich nun für ein einheitliches Deutschland ein, wenn auch möglichst mit einer föderalen Struktur. Die drei wichtigsten Siegermächte waren also vor der Konferenz von Jalta zu der Überzeugung gelangt, daß sie ihren jeweiligen Einfluß auf ganz Deutschland ausüben wollten. Damit waren allerdings, angesichts der unterschiedlichen Auffassungen über die Reorganisierung der besetzten Gebiete, Interessengegensätze schon im Keim angelegt.

Der wichtigste Streitpunkt in Jalta war zunächst nicht Deutschland, sondern das Schicksal von Polen. Großbritannien und den USA gelang es, von Stalin eine Zusage zur Errichtung eines demokratischen Regimes in Polen zu erhalten. In der Frage der endgültigen Grenzen Polens wurde ein Beschluß vermieden. Ihre Regelung sollte einer zukünftigen Friedenskonferenz vorbehalten sein.⁵ Erste Auseinandersetzungen gab es in Jalta auch in der Frage der Reparationszahlungen Deutschlands und damit beim fundamentalen Problem, wie Deutschland nach dem Krieg zu behandeln sei. Hier zeigten sich die unterschiedlichen Konzeptionen ganz deutlich. Die USA und Großbritannien wollten eine Wiederholung der Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg vermeiden, als sich die vom Reich geforderten hohen Reparationen sowohl politisch als auch wirtschaftlich als Desaster erwiesen hatten. Die Sowjetunion bestand auf einer unnachgiebigen Reparationspolitik. Es kam zu keiner Einigung und zur Abschiebung des Problems an eine Reparationskommission. Was die Frage der Aufspaltung Deutschlands betraf, so gingen alle

4 Zur britischen Deutschlandpolitik vgl. Anne Deighton, *The Impossible Peace. Britain, the Division of Germany and the Origins of the Cold War* (Oxford 1990).

5 Endgültig geklärt wurde die Frage der Grenzen Polens dann erst im Gefolge der deutschen Einheit 1989/90.

Beteiligten, wie gesagt, von einem einheitlichen Restdeutschland aus (bis auf Frankreich, das auf der Konferenz von Jalta nicht vertreten war, dem aber eine eigene Besatzungszone zugestanden wurde). Ein alliierter Kontrollrat (Allied Control Council, ACC) sollte als oberste Verwaltungsinstanz der Besatzungsbehörden in Berlin seinen Sitz haben. Damit waren die Aufteilungsabsichten zunächst einmal erledigt und in den Kapitulationsurkunden wurden sie auch mit keinem Wort mehr erwähnt. Die Konferenz von Jalta hatte die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Behandlung Deutschlands nach Ende des Krieges gesetzt. Wie diese dann konkret in die Realität übersetzt wurden, hing von der Debatte innerhalb der Regierungen der Siegermächte ab, die erst jetzt mit dem endgültigen militärischen Zusammenbruch Deutschlands in eine konkrete Phase eintraten.

Die Deutschlandpolitik der USA und die Konferenz von Potsdam

In Washington hatte man es lange vermieden, sich auf konkrete Pläne, was die Behandlung Deutschlands betraf, festzulegen. Zunächst einmal hatte die militärische Niederwerfung Deutschlands und Japans Priorität. Gegen Kriegsende kristallisierten sich dann zwei Richtungen heraus. Die eine, vertreten von Finanzminister Henry Morgenthau, drängte auf einen möglichst harten Frieden. Kern des viel zitierten und berüchtigten 'Morgenthauplans' war es, Deutschland zu de-industrialisieren und aufzuteilen, und auf diese Weise die Möglichkeit für eine Kooperation mit der Sowjetunion und einen Rückzug der USA aus Europa zu schaffen. Auch wenn Präsident Roosevelt kurzzeitig solchen Plänen zuzuneigen schien, so hatte doch diese Konzeption nach Kriegsende nie eine Chance.⁶ Insbesondere im *State Department* wurden dagegen schnell Vorschläge entwickelt, die von einem wirtschaftlich wieder erstarkten Deutschland ausgingen. Im Hintergrund stand das zentrale Motiv der amerikanischen Nachkriegspolitik: der Aufbau einer liberalen, prosperierenden Weltwirtschaftsordnung. Nur innerhalb einer derartigen Ordnung konnte nach dieser Interpretation ein erneuter wirtschaftlicher Zusammenbruch in Europa, der als Hauptursache für den Aufstieg des Faschismus gesehen wurde,

6 Eine ausführliche neuere Bewertung des Morgenthau-Plans, dessen Bedeutung oft überschätzt wurde, und der amerikanischen Nachkriegsplanungen, bietet: Wilfried Mausbach, *Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA, 1944-47* (Düsseldorf 1997).

vermieden werden (ganz abgesehen davon, dass auch die amerikanische Industrie von einem stabilen, dem Freihandel verpflichteten Europa profitieren würde). In diese Konzeption sollte die UdSSR zunächst durchaus mit einbezogen werden. Es war klar, daß mit einer fragmentierten europäischen Mitte eine stabile Wirtschaftszone in Europa nur schwer durchzusetzen war. Dieser Grundgedanke stand auch hinter der amerikanischen Unterstützung der europäischen Einigkeitsbemühungen in den 1950 und 1960er Jahren. Allerdings sollten sich diese Auffassungen erst langsam und unter dem Eindruck der Praxis des Besatzungsregimes durchsetzen. Das zentrale Dokument für die amerikanische Besatzungspolitik des ersten Nachkriegsjahres war die berühmte Direktive JCS 1067 vom April 1945.⁷ In diesem Dokument vermischten sich noch Elemente der Richtung von Morgenthau, insbesondere in der Passage, in der ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Deutschlands abgelehnt wurde. Die vier D's (Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung) waren als grundlegende Ziele aufgeführt. Diese Ziele sollten in enger Zusammenarbeit mit den anderen Besatzungsmächten in ganz Deutschland verwirklicht werden. Dem stand jedoch bald die zunehmende Desillusionierung über die sowjetische Politik in Osteuropa entgegen.

Es stellte sich nämlich schnell heraus, daß sich die UdSSR nicht an die Vereinbarung von Jalta, die eine Demokratisierung Polens vorgesehen hatte, hielten. Präsident Truman, der Nachfolger Roosevelts nach dessen Tod im April 1945, konfrontierte den sowjetischen Außenminister kurz nach seinem Amtsantritt mit dem Vorwurf des Wortbruchs. 'I have never been talked to like that in my life', empörte sich Molotow und bekam von Truman die Antwort: 'Carry out your agreements and you won't get talked to like that'.⁸ Aber diese verbalen Drohgebärden konnten nicht darüber hinweg täuschen, wer die wahre Macht östlich der Oder-Neisse-Linie besaß. Gegen Ende des Jahres hatten sich die USA mit den machtpolitischen Realitäten abgefunden und damit, daß Polen Teil des sowjetischen Einflussesbereichs sein werde. Allerdings sollten die Amerikaner daraus einige Lehren für die Frage der Behandlung Deutschlands ziehen. Dies betraf insbesondere den Teil der Jalta-Vereinbarungen, der sich auf Deutschland als Ganzes bezog. Wie eine neue amerikanische Studie zeigt, realisierte die höchste politische Ebene in Washington aufgrund der Ereignisse in Osteuropa zunehmend, daß eine vernünftige Zusammenarbeit mit den

7 Für den Text vgl. Beate Ruhm von Oppen, *Documents on Germany under Occupation 1945-54* (London 1955) 13ff.

8 Harry S. Truman, *Year of Decisions. Memoirs* (Garden City 1955) 79-82.

Sowjets nur noch schwer möglich sein würde, auch wenn in Planungsdokumenten wie JCS 1067 weiter davon ausgegangen wurde.⁹ Eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands würde voraussichtlich nur zu endlosem Streit mit der Sowjetunion führen. Die extrem realistische Konsequenz, die der amerikanische Außenminister Byrnes aus dieser Erkenntnis zog, war, daß die Amerikaner sich mit einer Teilung Europas eben abzufinden hätten. Die USA würde sich auf die Organisation der westlichen Seite konzentrieren, und die UdSSR hätte in Osteuropa freie Hand. Dafür würde sie auch jegliches Mitspracherecht in Angelegenheiten ausserhalb ihres Einflßbereichs verlieren. Unausgesprochener Kern dieser Strategie war die Akzeptanz der deutschen Teilung durch die USA.

Natürlich konnte die Politik der Zusammenarbeit mit dem Kriegverbündeten UdSSR so kurz nach dem Krieg noch nicht öffentlich aufgekündigt werden. Aber als sich die Siegermächte, zum erstenmal verstärkt durch Frankreich, im Juli/August 1945 in Potsdam wieder trafen, war die Möglichkeit einer Teilung Europas in zwei Einflßsphären ein Teil der Verhandlungstaktik des amerikanischen Außenministers. Die zentrale Frage in Potsdam war, ob die Siegermächte sich darauf einigen konnten, Deutschland weiterhin als Einheit zu behandeln, und, falls nicht, welche Alternativen dann zur Verfügung standen. Für Byrnes war aber schon vor Potsdam sehr wahrscheinlich, dass das Ergebnis der Konferenz vermutlich eine Teilung Deutschlands sein würde. Er hatte auch gegen ein derartiges Arrangement nichts einzuwenden. Erstens wäre damit sicher gestellt, daß Deutschland keine Großmachtrolle mehr in Zentraleuropa einnehmen könnte, zweitens, dass die amerikanische Militäradministration bei der Durchführung ihrer Politik in ihrer Zone freie Hand ohne lästige Einmischung von außen haben würde und drittens – und dies war der wichtigste Punkt – wäre es auf diese Weise möglich, ein friedliches Miteinander mit der Sowjetunion in Europa zu erreichen. Jede Besatzungsmacht würde ihren Besatzungsgebieten handeln, wie es ihr gefiel, und somit wäre die wesentliche Ursache für Streit entfallen.

In der Tat wurde auf dieser Basis eine Lösung gefunden. Die Sowjetunion akzeptierte den von Byrnes vorgeschlagenen Plan.¹⁰ Diese Akzeptanz gründete sich darauf, daß Stalin einen schnellen Rückzug der USA

9 Dazu und zum folgenden vgl. Marc Trachtenberg, *A Constructed Peace. The Making of the European Settlement* (Princeton 1999) 15.

10 Hermann Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands 1941-48* (München 1985) 97.

aus Europa erwartete sowie die Entstehung eines geeinigten Deutschland mit einer deutschen Regierung, die allerdings unter strenger Kontrolle durch die Siegermächte stehen sollte. Angesichts der traditionellen Distanz der USA und Großbritanniens vom europäischen Kontinent wäre es dann nicht schwierig gewesen, dieses Deutschland in ein enges Bündnis mit der Sowjetunion zu zwingen.¹¹

Ihren Ausdruck fand die amerikanisch-sowjetische Übereinkunft in einer der zentralen Fragen für die zukünftige Behandlung Deutschlands, nämlich in der Frage, wie die von den Deutschen zu entrichtenden Reparationen aufgeteilt würden. Die Siegermächte kamen überein, dass jede Besatzungsmacht in ihrer Zone soviel entnehmen konnte, wie ihr beliebt. Ein kompliziertes Aufteilungsschema für gesamtdeutsche Reparationen war so nicht mehr nötig. Auf diese Art würden auch die Briten oder Amerikaner nicht für die Reparationen aufkommen müssen, wie teilweise nach dem Ersten Weltkrieg, und sie waren nicht gebunden, die Sowjetunion zu unterstützen, falls diese ihre Zone ökonomisch zugrunde richtete – eine sehr begründete Befürchtung. Um den Sowjets dieses Arrangement schmackhaft zu machen, akzeptierten die Amerikaner noch einmal die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze und gestanden den Sowjets zudem 10% der industriellen Reparationsgüter der westlichen Zonen zu. Auch für den Außenhandel der besetzten Gebiete wurde ein ähnliche Lösung gefunden. Jede Zone würde ihren eigenen Außenhandel organisieren. In diesen Abmachungen lag der Kern der Aufteilung Deutschlands in separate Wirtschaftsgebiete und letztlich separate politische Einheiten verborgen (wobei Byrnes freilich erwartete, daß sich die westlichen Zonen auf eine enge Zusammenarbeit einigen würden). Diese Tatsache konnte natürlich im Kommuniqué von Potsdam nicht öffentlich gemacht werden, denn dann wären die tiefen Risse in der Kriegsallianz vor aller Welt offensichtlich geworden. So sprach das Kommuniqué, später ungenau als Potsdamer Abkommen bezeichnet, weiterhin von einem einheitlichen Deutschland.¹² In Wahrheit waren die Weichen für eine Aufteilung schon gestellt.

11 Constantine Pleshakov und Wladislaw Zubok, *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev* (Cambridge 1996) 48.

12 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 vgl. *Dokumente zur Deutschlandpolitik, Band II/1* 2101-48.

Auseinanderentwicklung der Zonen 1945-46

Die Behandlung der einzelnen Zonen als getrennte Wirtschaftsgebiete brachte bald mit sich, dass Maßnahmen getroffen wurden, die schneller als erwartet die Gräben zwischen den einzelnen Besatzungsgebieten vertieften. Im September 1945 verkündete die sowjetische Militäradministration in den von ihr besetzten Zonen Dekrete, die eine weitreichende Bodenreform zum Inhalt hatten. Schon dieser einseitige Akt war eigentlich nicht mit dem Potsdamer Kommuniqué vom August vereinbar, wonach Deutschland als einheitliches Gebiet zu behandeln sei; wohl aber entsprach er dem Sinn gemäß den in Potsdam getroffenen wirtschaftlichen Abmachungen. Aus diesem Grund blieben auch scharfe Proteste von westlicher Seite gegen diese und ähnliche Maßnahmen, wie die Besetzung von Schlüsselpositionen der neu entstehenden ostdeutschen Verwaltungen mit Kommunisten, aus. Dies galt auch für die Zwangsvereinigung von Kommunistischer Partei Deutschland und SPD in den Ostzonen zu einer Sozialistischen Einheitspartei (SED), mit der das Ende einer eigenständigen sozialdemokratischen Politik in Ostdeutschland bis 1989 gekommen war. Alle diese Schritte zeigten, daß die UdSSR von dem Einflußsphärenkonzept von Potsdam ausgingen, bei aller Rhetorik, in der sie weiterhin das Ziel der Einheit Deutschlands hochhielt und ein Mitspracherecht, insbesondere bei der Verwaltung des Ruhrgebiets beanspruchte. Einige Historiker sehen in der zur selben Zeit laufenden französischen Obstruktionspolitik im ACC eine entscheidende Ursache für die Teilung Deutschlands. Diese Auffassung ist inzwischen von der Forschung revidiert worden.¹³ Frankreich beschleunigte mit dieser Politik nur die Durchsetzung des prinzipiellen Einverständnisses zwischen Byrnes und der sowjetischen Regierung in Potsdam. Allerdings machte es die französische Haltung, zum Zorn des amerikanischen Militärgouverneurs General Lucius D. Clay, ungleich schwerer, zu einer gemeinsamen Haltung der drei Westmächte gegenüber der Sowjetunion zu

13 Für diese älteren Interpretationen und ihre inzwischen erfolgte Widerlegung vgl. Martina Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik und die Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947* (München 1989).

kommen.¹⁴ Frankreich widersetzte sich allen Vorschlägen zum Aufbau zentralisierter Verwaltungen und verfocht hartnäckig die Abtrennung von Rheinland, Ruhrgebiet und Saarland. So beschleunigte die französische Politik den Zerfall der wirtschaftlichen Einheit des Besatzungsgebiets und verursachte so zunehmende Versorgungsschwierigkeiten in den westlichen Zonen.

Allerdings blieb die wirtschaftliche Eigenentwicklung der westlichen Zonen begrenzt, vor allem im Falle der amerikanischen und britischen Zone, da beide Regierungen bei der Verwaltung ihrer Gebiete von ähnlichen Grundkonzeptionen ausgingen. Grundlegend war die baldige Erkenntnis, daß es dem amerikanischen und britischen Steuerzahler sehr viel billiger kommen würde, wenn die Besatzungsgebiete in der Lage wären, auf eigene Füßen zu stehen. Aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Situation in Deutschland nach Ende des Krieges waren sowohl die USA als auch Großbritannien schon bald gezwungen, Grundgüter und Lebensmittel in die Zonen zu importieren, um dort Hungersnöte zu vermeiden. Diese lebensnotwendigen Importe sollte Deutschland so bald wie möglich wieder selbst bezahlen können. So kam es zu einem schnellen Ende der Demontagepolitik, denn nur durch eigene Exporte würden die Deutschen in die Lage kommen, ihre eigene Versorgung zu finanzieren, zumal nach dem Verlust der landwirtschaftlichen Gebiete im Osten. Ein weiteres Motiv der westlichen Besatzungspolitik tauchte in dieser Zeit auf, und das war die Erkenntnis, daß der Wiederaufbau Deutschlands zentral für die wirtschaftliche Gesundung Europas sein würde. Entsprechend wandelte sich die amerikanische und britische Politik in ihren Zonen.

Während also die sowjetischen Behörden daran gingen, ihre Zone nach dem polit-ökonomischen Muster in der Sowjetunion zu organisieren, verfolgten die USA und Großbritannien zunehmend eine Politik im Sinne liberaldemokratischer Prinzipien. Der Aufbau der ersten deutschen Verwaltungen erfolgte nach dem Muster des angelsächsischen Liberalismus- und Demokratieverständnisses. Auch wurde bald klar, daß für eine funktionierende Verwaltung auf die alten deutschen Eliten zurückgegriffen werden musste, und dies verlangte das Tempo der Denazifizierung erheblich. Die französische Zone nahm eine ähnliche Entwicklung wie die beiden anderen westlichen Besatzungsgebiete. Zwar arbeitet Frankreich auf eine extreme Föderalisierung hin und auf die Nutzung ihrer Zone in Südwestdeutschland für den eigenen Wiederaufbau. Allerdings hat auch hier die Forschung das früher

14 Wolfgang Krieger, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-49* (Stuttgart 1988).

vorherrschende Bild von der französischen Ausbeutungspolitik revidiert.¹⁵ Letztlich waren die Unterschiede zwischen der französischen und den anderen westlichen Zonen nicht so groß, als das sie nicht überbrückt werden konnten. Sehr viel größer war dagegen der Gegensatz zwischen den westlichen und der sowjetischen Zone. Was sich schon wenige Monate nach Kriegsende in den westlichen Zonen anbahnte, war die Stabilisierung einer bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die völlig unvereinbar war mit dem System, welches die UdSSR in ihrer Zone durchsetzte.

Dessen ungeachtet hielten die Siegermächte weiterhin an der Rhetorik der deutschen Einheit fest. An diesem Punkt stellt sich die Frage, weshalb an dieser Chimäre festgehalten wurde und warum es denn nun nicht zu einem einigermaßen friedlichen Nebeneinander der beiden Einflußsphären kam, sondern schon Ende 1946 zum Beginn virulenter Spannungen zwischen West und Ost mit Deutschland als zentralem Streitpunkt. Die Gründe dafür liegen in einem fundamentalen Wandel der amerikanischen Deutschlandpolitik.

Vom Konzept der Einflußsphären zur Eindämmung

Dieser Wandel in der amerikanischen Politik liegt in Ereignissen außerhalb Europas zu Beginn des Jahres 1946 begründet. Im Iran hielten Stalins Armeen Teile des Landes besetzt, und zwar im Widerspruch zu einem Abkommen mit den westlichen Verbündeten, das einen Rückzug innerhalb von sechs Monaten vorsah.¹⁶ In der Türkei meldete Stalin traditionelle russische Ansprüche auf die türkischen Meerengen an. Diese Aktionen waren ausschlaggebend dafür, daß die amerikanische Regierung im Laufe des Jahres 1946 vom Konzept einer Abgrenzung der gegenseitigen Einflußsphären wieder abkam. Unter dem Eindruck der sowjetischen Aktionen setzte sich in der amerikanischen Regierung eine Interpretation der Ereignisse durch, die von einem grenzenlosen Expansionismus des Weltkommunismus ausging. Das berühmte 'long telegram' des zweiten Mannes an der amerikanischen Botschaft in Moskau, George Kennan, fasste diese Befürchtungen zusammen.¹⁷ Eine Einigung mit Stalin auf

15 Vgl. Christoph Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-58* (München 1990).

16 Vgl. dazu Stephen L. MacFarland, 'A Peripheral View of the Origins of the Cold War: The Crises in Iran, 1941-47', *Diplomatic History* 4 (1980) 333-51.

17 Die Analyse Kennans wurde 1947 unter dem Titel "The Sources of Soviet

freundschaftlicher Basis schien nicht mehr möglich zu sein angesichts des skrupellosen Vorgehens in Osteuropa und der immer größeren Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs. Die USA schlugen den Weg in eine Politik ein, die unter der Bezeichnung Eindämmungspolitik (*Containment*) bekannt werden sollte: die sowjetische Macht sollte mit eigenen Gegenmaßnahmen eingegrenzt werden.¹⁸

Für die Lage in Deutschland hatte dies einschneidende Konsequenzen. Mit der Begründung sowjetischer Obstruktion im ACC wurden die in Potsdam vereinbarten Reparationslieferungen an die sowjetische Zone ausgesetzt. Des weiteren sollte nun der beschleunigte wirtschaftliche Wiederaufbau der westlichen Besatzungsgebiete durchgeführt werden. Dies beruhte auf einem entscheidenden Wandel in der amerikanischen Einstellung gegenüber dem besetzten Deutschland, der ebenfalls aus der 'containment' Politik herrührt. Aus den bisherigen Gegnern wurden jetzt nämlich potentielle Verbündete im Kampf gegen die Sowjetunion. Eine Ausdehnung sowjetischen Einflusses auf die Westzonen sollte unter allen Umständen vermieden werden und dies bedeutete, daß der Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber alliierten Maßnahmen jetzt ein erheblich höheres Gewicht zugemessen wurde. Das entscheidende Element, um die Deutschen zu gewinnen, war neben wirtschaftlicher Hilfe, die Unterstützung der deutschen Einheit. Der deutschen Öffentlichkeit musste klar gemacht werden, dass die Schuld an der deutschen Teilung auf östlicher Seite lag. Ausdruck dieser Politik war die berühmte Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946. Byrnes versicherte, daß die amerikanische Truppenpräsenz in Deutschland fortgesetzt werde. Er sprach sich für einen Wiederaufbau Europas unter Einschluss der westdeutschen Gebiete aus und beschuldigte die Sowjetunion, die Abmachungen von Potsdam, die eine Aufrechterhaltung der deutschen Einheit vorgesehen hätten, systematisch zu unterlaufen. Auch die Oder-Neisse-Grenze sei willkürlich von den Sowjets festgesetzt worden. Mit diesen so nicht richtigen Aussagen hatten die USA den Wandel von einer Politik der Niederhaltung der Deutschen zur Integration vollzogen. Byrnes erklärte weiterhin: 'It is the view of the American government that the German people, throughout Germany and under proper safeguards, should now be given the primary responsibility for the running of

Conduct" in der Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlicht (567-82).

18 Eine neue Bestandsaufnahme der Literatur zum Kalten Krieg von einem der führenden Historiker zu diesem Thema ist: John Lewis Gaddis, *We Now Know. Rethinking Cold War History* (Oxford 1997).

their own affairs.'¹⁹ Aus dem Konzept einer leidlich friedlichen Abgrenzung der Interessensphären war unter dem Eindruck sowjetischer Aktionen eine aggressive Formulierung der amerikanischen Politik geworden, die auch die Instrumentalisierung der deutschen Einheit als Waffe im Kalten Krieg beinhaltete.

Die Sowjetunion empfand diese Abkehr von dem Einverständnis, das in Potsdam erzielt worden war, als eine immense Bedrohung. Denn die letzte Konsequenz dieser Entwicklung war das, was die Sowjetunion am meisten fürchtete: ein unabhängiges Deutschland, wirtschaftlich stark, mit den Westmächten verbündet und mit einer Staatsraison, die auf die Revision der Ergebnisse des Krieges, das heißt die Wiederherstellung der deutschen Einheit gerichtet war. Entsprechend scharf war die Reaktion. Die USA wurden beschuldigt, den Wiederaufbau des deutschen Faschismus zu betreiben. Die sowjetischen Hoffnungen, daß die britische und vor allem die französische Politik dagegen Einwände erheben würden, stellten sich allerdings bald als falsch heraus.

Britische und französische Deutschlandpolitik

Die britische Unterstützung der amerikanischen Position kam nicht überraschend. Großbritannien hatte auch schon früher als die USA angesichts der Auseinandersetzungen bei den Außenministertreffen der Siegermächte und im ACC die Überzeugung erreicht, daß eine einheitliche Verwaltung Deutschlands kaum noch durchsetzbar war; diese sei nur noch zu ungünstigen Bedingungen zu erreichen, d.h. ein Mitspracherecht der Sowjetunion bei der Verwaltung der industriellen Filetstücke Deutschlands.²⁰ Schon im Mai 1946 waren britische Planer zu dem Schluß gekommen, daß eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht möglich sei und daß deshalb, im Gegensatz zum Potsdamer Kommuniqué, eine Aufteilung Deutschlands in zwei Einflußsphären unter gleichzeitigem Wiederaufbau der westlichen Zonen nötig war.²¹ Sie drängten auch die USA zu einer aktiveren Politik in diese Richtung. Zum Motiv der Eindämmung der Sowjetunion kamen wirtschaftliche Gründe. Für die britische (und französische) Politik war ein Faktum entscheidend, daß immer

19 Für den Text der Rede vgl. *Department of State Bulletin* 15.9.1946 S. 496-501.

20 Graml, *Alliierten* 1985 145.

21 Deighton, *Impossible Peace* 74-78.

wieder bei wichtigen Weichenstellungen zu einer Akzeptanz der von den Vereinigten Staaten vorgegebenen Richtlinien führte, und dies war letztlich die Abhängigkeit von amerikanischer Wirtschaftshilfe. Deshalb stimmten die Briten auch Ende 1946 nach kurzer Bedenkzeit dem amerikanischen Vorschlag zu, die beiden Besatzungsgebiete zu vereinigen. Für Großbritannien war bei der Gründung der sogenannten Bizone nicht nur die Gegnerschaft zur Sowjetunion entscheidend, sondern vor allem die wirtschaftlichen Lasten, die sich aus der schwierigen Versorgungssituation in der britischen Zone ergaben. Die britische Wirtschaft war völlig auf amerikanische Kredite angewiesen, und eine zusätzliche Belastung erschien kaum tragbar. Nur ein Wiederaufbau der britischen Zone mit Hilfe der USA konnte die Lasten für den britischen Steuerzahler vermindern. Der Zusammenschluß der beiden Zonen zur Bizone wurde am 1. Januar 1947 voll-zogen und bedeutete einen entscheidenden Schritt zur Konstituierung des westdeutschen Staates, den die UdSSR so fürchtete.

Ein weiteres Motiv der britischen Deutschlandpolitik blieb natürlich weiterhin die Kontrolle Deutschlands. Auch aus diesem Grunde hatten die Briten gegen ein Auseinanderleben der östlichen und westlichen Besatzungszonen nichts einzuwenden. Ein geteiltes Deutschland war natürlich leichter zu kontrollieren. Um das prekäre Gleichgewicht zwischen einer Kontrolle sowohl der sowjetischen Expansion als auch eines westdeutschen Staates abzusichern, dafür fehlten Großbritannien allerdings die Ressourcen. Deshalb war es ein essentielles Ziel der britischen Politik, eine fortdauernde militärische Präsenz der USA in Europa abzusichern. Daraus erklärt sich das Drängen Londons für eine atlantische Verteidigungsgemeinschaft, die schließlich zum wichtigsten institutionellen Instrument britischer Europapolitik werden sollte.

Sehr viel schwerer fiel die Anpassung an die neue amerikanische Politik den Franzosen. Die Politik der Abtrennung wichtiger Gebiete, der wirtschaftlichen Niederhaltung und einer weitgehenden Föderalisierung Deutschlands stand in klarem Gegensatz zu anglo-amerikanischen Vorstellungen, entsprach allerdings den Forderungen der großen Mehrheit der politischen Kräfte in Frankreich. Dies führte die französische Politik in ein schweres Dilemma. Nicht nur in der französischen Zone, auch in Frankreich selbst verschlechterte sich die Wirtschaftslage im Laufe der Jahre 1945/46 erheblich. Schon im Frühjahr 1946 hatte eine französische Delegation unter Leitung des Ministerpräsidenten Leon Blum in den USA Verhandlungen über Kredite geführt. Aus diesem Spannungsverhältnis zwischen innenpolitischen und

wirtschaftlichen Notwendigkeiten ergab sich, daß die französische Deutschlandpolitik gewissermaßen zweigleisig fuhr. Eine für die französische Öffentlichkeit gedachte harte Linie, die weiterhin an den altbekannten Forderungen festhielt, und eine sehr viel konziliantere Haltung der außenpolitischen Eliten, die deutlich sahen, dass für eine eigenständige französische Politik zwischen den Fronten des Kalten Kriegs (im Moment noch) die Mittel fehlten, und daß es keine Alternative zur Anlehnung an den amerikanischen Kurs gab.²² Eindrucksvoller Beleg dafür sind vertrauliche Bemerkungen des Generalsekretärs des französischen Außenministeriums, Jean Chauvel, gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Paris anlässlich des absehbaren Beschlusses zum Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Zone: 'He hoped most earnestly that if... Germany were divided into two zonal (Soviet vs Anglo-Saxon) spheres of influence, we would not press the French to go along with us formally and officially since such pressure on our part might simply force the French government (as a result of internal communist pressure) to take a position of formal refusal. On the other hand ... the French will for very practical reasons be naturally attracted to the Anglo-Saxon group. If we can commence by dealing with you and trying to reach agreement on individual questions affecting the French and Anglo-Saxon zones as they arise ... I believe a gradual evolution of the French position will occur...'²³ Auch Außenminister, Georges Bidault, machte den Amerikanern gegenüber klar, daß er im Prinzip ihre neue Politik unterstützte, aber darauf achten müsse, einen Bürgerkrieg in Frankreich zu vermeiden. Ansonsten sei auch er der Ansicht: 'It will take a little time before Germany can in fact be integrated into the Western World [but] there is no question that Germany is part of Europe.'²⁴ Nur aufgrund eines fundamentalen Wandels im Charakter des deutsch-französischen Verhältnisses konnte diese Einsicht allerdings in praktische Politik umgesetzt werden. Die traditionellen Konflikte zwischen den beiden Ländern hatten alle dem Kampf um die Vormachtstellung in Europa gegolten. Dieser Kampf wurde jetzt von anderen Staaten ausgefochten und damit fiel der wichtigste Grund für den deutsch-französischen Antagonismus weg.²⁵ Weitblickende französische

22 Zur französischen Deutschlandpolitik: Cyril Buffet, *Mourir pour Berlin. La France et l'Allemagne 1945-49* (Paris 1991).

23 Foreign Relations of the United States (FRUS) 1946, V, Caffery to Secretary of State 11. Juni 1946 566f.

24 FRUS 1947, II, Meeting Marshall-Bidault 20. April 1947 370.

25 Vgl. dazu Gilbert Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten* (Stuttgart 1997).

Politiker erkannten dies schon sehr bald nach Kriegsende. Allerdings musste der unvermeidliche Wiederaufbau Deutschlands mittels einer Politik bewerkstelligt werden, die sowohl innenpolitisch akzeptabel war, als auch amerikanische wirtschaftliche Hilfe sicherte und eine militärische Präsenz der USA in Europa sicherte. Für die Politiker der Vierten Republik bedeutete dies einen schwierigen Balance-Akt. Eine Lösung für diese Zielkonflikte bot die Europäisierung der deutschen Frage. Im Mai 1950 verkündete der französische Außenminister Robert Schuman einen Vorschlag zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl zwischen Frankreich, der Bundesrepublik, Italien und den Beneluxländern. Der sogenannte Schuman-Plan war die Geburtsstunde der europäischen Einigung. Mit dieser Initiative gelang Frankreich auf elegante Weise sowohl die Einbindung Deutschlands in eine europäische Organisation als auch die Erfüllung der amerikanischen Bedingung für weitere Wirtschaftshilfe, nämlich einen engeren europäischen Zusammenschluß. Erheblich schwieriger war es, die Bedingung der USA für eine permanente militärische Präsenz in Europa zu akzeptieren: eine Re-militarisierung West-Deutschlands.

Beginn des Kalten Kriegs in Deutschland

Ende 1946 hatten die USA, Großbritannien und Frankreich also den Weg beschritten, der zur Gründung eines separaten westdeutschen Staates und damit zu einer unversöhnlichen Konfrontationsstellung der Supermächte in Europa führte. Dieser Prozeß war nicht unumkehrbar. So versuchte George C. Marshall, der Byrnes im Januar 1947 als Außenminister abgelöst hatte, noch einmal einen Weg zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu finden. Entscheidender Hebel sollte dabei wieder einmal die Reparationsfrage sein. Bei sowjetischem Entgegenkommen im ACC sollten die Lieferungen an die sowjetische Zone wieder aufgenommen werden. Für die USA und Großbritannien stand es allerdings letztlich außer Frage, daß eine Wiederaufnahme der Lieferungen nicht zu Lasten des amerikanischen und britischen Steuerzahlers gehen durfte und auch nicht zur Kontrolle der Sowjetunion über das Ruhrgebiet führen sollte. Genau dies waren aber die Konsequenzen der Forderungen von sowjetischer Seite. Auch im Bereich der zukünftigen Gestalt Deutschlands waren die Konzessionen, die Briten und Amerikaner noch zu akzeptieren bereit waren, limitiert: weder wollten sie ein einheitliches, neutralisiertes Deutschland, welches möglicher-

weise wieder erstarken und dann Ost und West gegeneinander ausspielen würde, zulassen, noch ein wirtschaftlich niedergehaltenes geteiltes Land, welches auf Unterstützung aus Amerika angewiesen war und ein idealer Nährboden für revolutionäre Bewegungen gewesen wäre. Insofern war der Spielraum der westlichen Politiker, als sie sich zur Außenministerkonferenz in Moskau im März/April 1947 begaben, durchaus begrenzt. Aber es kam gar nicht dazu, daß eventuelle Kompromisse ausgelotet wurden, denn die sowjetische Haltung in den wichtigsten Streitfragen war kompromißlos. Mit dem Scheitern der Außenministerkonferenz war praktisch das Ende einer kooperativen Zusammenarbeit in Europa erreicht. Schon vorher, am 12. März 1947, hatte Präsident Truman vor dem amerikanischen Kongreß seine berühmte Rede gehalten, in der er die Bereitschaft der amerikanischen Regierung zur Unterstützung der Regierungen in der Türkei und Griechenland gegen kommunistische Infiltration verkündete und damit den offensichtlichen Beginn der 'containment policy'.

Der wichtigste Teil des Dammes gegen den Kommunismus wurde nun die eben gegründete Bizone. Von Monat zu Monat wurde es amerikanischen und britischen Planern klarer, dass möglichst rasch die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden mussten, um diesen Damm zu festigen. Dies bedeutete Einbeziehung der westdeutschen Bevölkerung in diese Aufgabe, und dieses Ziel sollte von jetzt an die Besatzungspolitik bestimmen.

Einbeziehung Westdeutschlands in das transatlantische Wirtschafts- und Sicherheitssystem

Am 5. Juni 1947 verkündete der amerikanische Außenminister in einer Rede an der Harvard-Universität ein Programm umfassender Hilfeleistungen an Europa, das unter dem Namen *Marshall-Plan* bekannt werden sollte.²⁶

Die amerikanische Hilfe war geknüpft an die Bereitschaft der Europäer zu einer engeren Zusammenarbeit. Zur Verteilung der Hilfe sollte eine gesamt-

26 Die Literatur zum Marshall-Plan ist inzwischen kaum noch überschaubar. Siehe z.B. Günther Bischof/Charles S. Maier, eds., *Deutschland und der Marshall Plan* (Baden-Baden 1992); Gerd Hardach, *Der Marshall-Plan* (München 1996); Michael J. Hogan, *The Marshall Plan. America, Britain and the Reconstruction of Western Europe* (Cambridge 1987); Alan Milward, *The Reconstruction of Western Europe* (London 1984).

europäische Organisation aufgebaut werden, die spätere OEEC (*Organization for European Economic Cooperation*). Diese sollte, so hofften die Amerikaner, den Kern eines starken, integrierten Europa bilden, das irgendwann alleine die Kraft haben würde, die Sowjetunion einzudämmen. Voraussetzung war natürlich die Einbeziehung Deutschlands in dieses Programm. Die Marshall-Plan Hilfe war nominell auch an die Sowjetunion und Osteuropa gerichtet, aber die weitreichenden Möglichkeiten für amerikanische Eingriffe in das Wirtschaftsleben des jeweiligen Empfängerstaats, die in der Konzeption des Marshall-Plans angelegt waren, ließen eine Teilnahme der UdSSR von vornherein als unwahrscheinlich erscheinen. Zur Erleichterung der Amerikaner verließ Molotow die Marshall-Plan-Konferenz in Paris im Juni 1947 nach nur drei Tagen. Für Stalin war der Marshall-Plan ein Zäsur. Nun schien endgültig klar, daß die Amerikaner daran gingen, ein Westeuropa in ihrem Sinne und gegen die Sowjetunion gerichtet aufzubauen. Bei der Gründung der Kominform im September 1947 konstatierte Andrei Shdanow, Stalin's zweiter Mann, die Aufteilung Europas in zwei feindliche Lager. Noch hatte sich die Sowjetunion allerdings mit ihrer Einflußlosigkeit in Westeuropa nicht abgefunden, auch wenn ihr nur noch wenige Druckmittel blieben. Der verwundbarste Punkt der westlichen Stellung war das in vier Besatzungszonen aufgeteilte Berlin, und dort sollte auch die erste große Krise des Kalten Kriegs ausbrechen.

Anfang 1948 trafen sich Vertreter der drei Westmächte in London, um die Bedingungen für den Aufbau eines westdeutschen Staates zu vereinbaren. Die Londoner Empfehlungen vom Juni 1948 sahen die Gründung eines westdeutschen Bundesstaats vor sowie die Ausarbeitung einer Verfassung durch eine konstituierende Versammlung von deutschen Vertretern, wobei zunächst das Besatzungsregime in Kraft bleiben sollte. Auch die ökonomische Rekonstruktion Deutschlands machte Fortschritte. Der wichtigste Schritt war die Währungsreform vom Juni 1948. Die Sowjets reagierten darauf mit der Einführung einer Ost-Mark in der sowjetischen Zone und schließlich mit einer Abtrennung der Zufahrtswege zwischen Westdeutschland und den westlichen Sektoren in Berlin Mitte 1948. Die sogenannte Berlin-Blockade war die erste Eskalation des Konflikts in Deutschland, welche die Gefahr einer militärischen Konfrontation beinhaltete. Die Westmächte beschlossen den Außenposten nicht aufzugeben und mittels einer Luftbrücke gelang es ihnen, Berlin bis zur Aufhebung der Blockade im Mai 1949 aus der Luft zu versorgen. Der Propagandaerfolg war enorm. Die Bedeutung der Berlin-Blockade für die Hinwendung der westdeutschen Bevölkerung zu einem westlichen System unter

vorläufigem Verzicht auf die Einheit kann kaum überschätzt werden. Auch das Gefühl militärischer Unsicherheit erhöhte sich allerdings entsprechend, nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten westlichen Lager, und dies führte zu einem weiteren entscheidenden Wandel in der Politik der Siegermächte gegenüber Deutschland.

Ein zentrales Ziel der britischen und der französischen Regierung war, wie schon erwähnt, eine langfristige militärische Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Diese würde nicht nur Schutz vor der Sowjetunion bieten, sondern auch die Kontrolle des entstehenden westdeutschen Staates gewährleisten. Im Zusammenhang mit den Londoner Vereinbarungen gab die amerikanische Regierung eine erste Zusicherung ab, daß US-Truppen in Deutschland stationiert blieben, solange der Friede in Europa gefährdet sei.²⁷ Kurz darauf teilte Marshall seinen britischen und französischen Amtskollegen mit, daß Washington den Aufbau eines transatlantischen Sicherheitssystems plane. Der NATO-Vertrag wurde im April 1949 unterzeichnet. Bald darauf zündete die UdSSR ihre erste Atombombe und beendeten das nukleare Monopol der Vereinigten Staaten, auf welcher die Verteidigung Europas bisher beruhte. Die sowjetische Politik, die noch während der Berlin-Blockade von großer Vorsicht bei aller verbalen Radikalität gekennzeichnet war, wurde nun konfrontativer. Der Angriff der kommunistischen Truppen Nordkoreas auf den Süden des geteilten Landes, eine, wie jetzt aufgrund archivalischer Quellen belegt ist, von Stalin gebilligte Aktion, löste im Westen tiefe Besorgnis aus. Die Parallelen der Situation Koreas zu Zentraleuropa schien auf der Hand zu liegen.

Jetzt schienen plötzlich die bisherigen Maßnahmen zur Verteidigung Europas völlig unzureichend. Westliche militärische Planer sahen aufgrund der konventionellen Unterlegenheit für den Fall eines sowjetischen Angriffs einen sofortigen Rückzug der westlichen Truppen nach Großbritannien voraus. Die formale Beistandsgarantie des NATO-Vertrags bot gegen einen derartigen Ernstfall keine Sicherheit. Militärische Experten sowohl der USA, Großbritannien als auch Frankreichs hatten schon vor dem Korea-Krieg eine Verteidigung Europas ohne einen militärischen Beitrag in Form deutscher Truppen für aussichtslos erklärt. Diese brisante Einschätzung wurde jetzt auch von den Politikern geteilt. Bei einem Außenministertreffen im September 1950 verkündete der amerikanische Außenminister Dean Acheson die Überzeugung seiner Regierung, daß eine Remilitarisierung Deutschlands unvermeidlich sei.

27 Vgl. London Conference Report in: FRUS 1948 II 309-12.

Falls die westlichen Verbündeten dieser Maßnahme zustimmen würden, würden sich die Amerikaner formell zu einem Schritt erklären, der ganz im Gegensatz zur starken isolationistischen Tradition der USA stand: eine langfristige Stationierung amerikanischer Truppen in Europa.²⁸ Vor allem Frankreich war von der Geschwindigkeit der Entwicklung überfordert. Denn eine Wiederbewaffnung implizierte nicht nur deutsche Soldaten, sondern daß die Bundesrepublik einen großen Teil der bisherigen Einschränkungen ihrer Souveränität verlieren würde. Nur bei einer gleichberechtigte Teilnahme der deutschen Streitkräfte an der gemeinsamen Verteidigung war es vorstellbar, die deutsche Bevölkerung für einen Schritt zu gewinnen, der die Gräben zwischen den beiden Teilen Deutschlands erheblich vertiefen würde, wie die deutschen Sozialdemokraten deutlich erkannten. Konrad Adenauer allerdings entschied sich für die Priorität der Westintegration und instrumentalisierte diese Entscheidung zur allmählichen Lösung aus den Fesseln des Besatzungsregimes.

Schon Ende 1950 begannen parallele Verhandlungen über akzeptable Formen einer Wiederaufrüstung Westdeutschlands und die Ablösung des Besatzungsregimes. Die Strategie der drei Westmächte war klar: Westdeutschland sollte in das westliche Sicherheitssystem integriert werden und so helfen, die sowjetische militärische Überlegenheit auszubalancieren. Zur selben Zeit durfte die Bundesrepublik nicht so stark werden, um wieder eine Bedrohung für ihre Nachbarn darstellen zu können oder in der Lage zu einer unabhängigen Politik zwischen den Lagern zu sein. Wolfram Hanrieder hat für diese Politik die treffende Formel der doppelten Eindämmung ('double containment') entwickelt.²⁹ Allerdings sollte die Form der Einbindung Deutschlands in westliche Strukturen noch zu langen Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten und der Bonner Regierung führen. Vor allem für französische Politiker wäre ein offenes Eintreten für deutsche Streitkräfte politischem Selbstmord gleichgekommen. Allerdings war die Abhängigkeit von den USA weiterhin so stark, daß an eine strikte Ablehnung der amerikanischen Pläne nicht zu Denken war: vor allem der Kolonialkrieg in Indochina spannte die französischen Ressourcen aufs Äußerste an. Wie schon mit dem Schuman-Plan einige Monate zuvor, schien die Lösung des Problems in einer Europäisierung der Frage zu liegen. Am 24. Oktober 1950 verkündete Premierminister René Pleven einen Plan für eine integrierte europäische Armee sowie eine übergeordnete

28 Dean Acheson, *Present at the Creation* (New York 1970) 437-40.

29 Hanrieder, *Germany, America, Europe. Forty Years of German Foreign Policy* (New Haven 1989).

europäische Verteidigungsorganisation (EVG). Diese Armee sollte neben die bestehenden nationalen Streitkräfte treten und den Rahmen für eine Einbindung der deutschen Einheiten bilden. Damit wäre das Odium einer nationalen deutschen Streitkraft vermieden.³⁰ Der Pleven-Plan wurde von allen Seiten mit größter Skepsis aufgenommen. Washington sah darin ein Instrument, die deutsche Wiederbewaffnung zu verzögern und Adenauer vermutete, daß damit der Bundesrepublik auf Dauer jede Eigenständigkeit in der Sicherheitspolitik zu genommen werden sollte. Die Verhandlungen über die EVG zogen sich über mehrere Jahre hin. Die USA hatten, nach anfänglichem Zögern, ihr Gewicht hinter den französischen Plan geworfen. Schließlich bot eine Europa-Armee die Möglichkeit, daß eines fernem Tages Europa sich selbst verteidigen würde und Amerika nur noch den nuklearen Schutz bereitstellen werde. Vor allem Dwight D. Eisenhower, Präsident seit 1953, vertrat vehement die Anschauung, daß amerikanische Truppen nur temporäre Aufgaben in Europa zu erfüllen hätten und machte dies intern auch ganz deutlich: 'After all, when we deployed our six divisions to NATO, the deployment was never intended to be permanent and we informed congress that this was a temporary measure, particularly related to the build-up of German forces.'³¹ In der Tat hatte das amerikanische Parlament die Verstärkung der amerikanischen Bodentruppen in Europa 1951 nur nach heftigen Debatte genehmigt, und unter der Maßgabe, daß die Europäer so schnell als möglich eigene Streitkräfte aufbauen würden.³² Der zunehmende Druck der Amerikaner auf die französische Regierung, die von der Idee einer europäischen Armee immer mehr abrückte, war jedoch eher kontraproduktiv. Im August 1954 lehnte die französische Nationalversammlung das EVG-Projekt ab. Die Idee einer supranationalen Armee war in Frankreich nicht vermittelbar. Zudem fehlte es immer noch an glaubwürdigen amerikanischen und britischen Garantien, daß sich beide auch nach dem Aufbau der europäischen Streitmacht weiterhin an der Verteidigung Europas beteiligen würden.

Die Abstimmungsniederlage schien ein schwerer Schlag für die westliche Politik zu sein. Alle Bemühungen der vergangenen Jahre um den Aufbau eines

30 Zur deutschen Wiederbewaffnung und zur EVG vgl. vor allem die vier Bände des Militärgeschichtlichen Forschungsamts Freiburg. *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-56* (München 1982-94). Ferner: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (ed.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (Boppard 1985).

31 FRUS 1958-60, VII, Memorandum of discussion at the 390th NSC Meeting, 11.12.1958, 367.

32 Ted Carpenter, 'U.S. Policy at Crossroads. The Great Debate of 1950-51', in: *International History Review* 8/1986 389-414.

europäischen Verteidigungssystem, die Integration der Bundesrepublik in europäische Strukturen und die Ablösung des Besatzungsregimes schienen umsonst. Jedoch wurde schon innerhalb weniger Monate eine Ersatzlösung gefunden, die zeigte, daß für die französische Ablehnung inzwischen weniger die prinzipielle Idee eines deutschen Militärs, sondern mehr der supranationale Charakter der EVG verantwortlich war. Die Bundesrepublik trat der NATO und der 1948 gegründeten Westeuropäischen Union (WEU) bei und erklärte sich zum Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen bereit. Die NATO übernahm damit die Integrationsaufgabe, welche die europäische Armee hätte erfüllen sollen. Mit den Pariser Verträgen vom Mai 1955 wurde die weitgehende Souveränität der Bundesrepublik hergestellt und das Besatzungsstatut abgelöst. Allerdings mit einer wichtigen Ausnahme: in allen Fragen, die 'Deutschland als Ganzes' betrafen, behielten sich die Westalliierten weiterhin die letzte Entscheidungsgewalt vor.

Der Aufbau eines ostdeutschen Staates und die Stalin-Noten

Wie reagierte die Sowjetunion auf diese Entwicklungen? Eine der ersten historischen Studien, welche die sowjetische Nachkriegspolitik auf der Basis von Materialien aus russischen Archiven nachzeichnet, kommt zu dem Schluß: 'Stalin believed that any division of Germany would give grounds for the reemergence of ,new Bismarcks' and German militarism. Therefore, in 1947 and even in 1949, he rejected proposals to adopt a program of rapid Sovietization for the Soviet zone of occupation, a policy that could divide Germany economically and, as a consequence, politically.'³³ Dieses Zögern der sowjetischen Regierung, letztlich die Teilung Deutschlands zu akzeptieren, beruhte nicht darauf, daß Stalin sie grundsätzlich ablehnte. Allerdings war er strikt gegen die Gründung eines westdeutschen Staates, welcher die Aussicht auf unabhängige Handlungs-fähigkeit der Deutschen beinhaltete. Selbst ein eng an den Westen gebundenes Deutschland war deshalb für Stalin nicht undenkbar, allerdings unter der Vorgabe, daß die westlichen Mächte eine so enge Kontrolle ausübten, daß ein eigenständiges Handeln des westdeutschen Staates nicht möglich war.³⁴ Die Politik der Westmächte deutete allerdings genau in die von

33 Pleshakow and Zubok, *Inside the Kremlin's Cold War* 50.

34 Trachtenberg, *A Constructed Peace* 80-81.

Stalin befürchtete Richtung. Dies erklärt auch, weshalb die Schritte zur Gründung eines ost-deutschen Staates und zu seiner Einbeziehung in ein östliches Sicherheitssystem meist als Reaktion auf Fortschritte in der Westintegration der Bundesrepublik erfolgten. Den Sowjets waren die Widersprüche im eigenen System, die Unpopularität ihrer Maßnahmen im Vergleich zur von der breiten Masse akzeptierten Amerikanisierung im Westen sowie die Unterlegenheit der eigenen Wirtschaftsordnung durchaus bewußt. Deshalb war auch das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz der Bundesrepublik keine leere Drohung. Die Fluchtbewegungen aus der sowjetischen Zone sowie der Volksaufstand im Juni 1953 demonstrierten deutlich, wie prekär die Situation in Ostdeutschland war. Bis zur endgültigen Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Sicherheitssystem im Jahre 1955 war die sowjetische Politik darauf ausgerichtet, diesen Prozeß wieder rückgängig zu machen.

Schon aus diesem Grund versuchte die UdSSR weiterhin die deutsche Frage offen zu halten. Die spektakulärste Aktion waren die sogenannten Stalin-Noten vom März 1952. Darin bot die Sowjetunion Verhandlungen über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung an. Die strikte Ablehnung des Angebots durch die Westmächte und durch Adenauer hat eine lang anhaltende Debatte entfacht über die Frage, ob dabei vielleicht die letzte Gelegenheit zur Wiedervereinigung verpasst worden sei.³⁵ Die Mehrheit der Historiker sieht jedoch in dem Angebot ein Manöver, um in letzter Minute die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu verhindern, und neuere sowjetische Quellen scheinen diese Interpretation zu stützen.³⁶ Nach dem Mißerfolg der Stalin-Noten fand sich die sowjetische Politik graduell mit der Integration der Bundesrepublik in den Westen ab. Dennoch entstanden schon nach kurzen neue Spannungen, die in der Berlin-Krise 1958-62 gipfelten. Ihre Ursachen lagen in sowjetischen Befürchtungen, die Bundesrepublik werde Zugang zu Atomwaffen erhalten, und könne dann eine aktive Wiedervereinigungspolitik betreiben.³⁷ Erst durch die Ostpolitik Willy Brandts, die in ihrem Kern eine Anerkennung des Status Quo in Mitteleuropa war, wurde die Möglichkeit für eine Entspannungspolitik in Europa gelegt: jetzt war das

35 Ralf Steininger, *Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom März 1952 und die Wiedervereinigung* (Bonn 1990).

36 Gerhard Wettig, 'Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des sowjetischen Aussenministeriums', in: *Deutschland-Archiv* 26 (1993) 786-804.

37 Sh. dazu ausführlich Trachtenberg, *Constructed Peace* 146-282.

System, das Byrnes in Potsdam vorgeschlagen hatte, nämlich eine Abgrenzung Europas in zwei Einflußsphären, endgültig von allen zentralen Akteuren (USA, UdSSR, BRD, Großbritannien, Frankreich) *gleichzeitig* akzeptiert und ein relativ stabiler Friede konnte sich herausbilden, der erst durch die revolutionären Umwälzungen des Jahres 1989 wieder in Frage gestellt wurde.

Samenvatting

Dit artikel behandelt de beleidsconcepten en politiek van de Verenigde Staten, de Sovjet-Unie, het Verenigd Koninkrijk en Frankrijk ten aanzien van Duitsland na 1945. Het bespreekt de vaak flexibele ideeën van de vier overwinnaars van de Tweede Wereldoorlog over de territoriale toekomst van Duitsland en de manier waarop deze ideeën werden geïmplementeerd in een sfeer van steeds meer bekoelde internationale relaties. De vraag hoe om te gaan met Duitsland en de resulterende verdeling van het land waren de fundamentele oorzaken van de Koude Oorlog in Europa. In plaats van een relatief stabiele vrede gebaseerd op twee invloedssferen, zoals afgesproken tussen de Verenigde Staten en de Sovjet-Unie van Potsdam in Augustus 1945, werd het onopgeloste probleem van de rol van Duitsland in Europa voor de komende twee decennia het gevaarlijkste element in het conflict tussen het Oostelijke en Westelijke machtsblok.